Selbstverantwortung der Kommunen statt EU-Diktat

Die Einflüsse supranationaler Abkommen auf die Politik der Kommunen führen in vielen Fällen zu neuen Belastungen vor Ort, die zu den ungelösten, bestehenden Problemen hinzukommen. Die Mehrbelastungen sehen wir kritisch. Die Kommunalpolitikern sollten dies nicht kommentarlos hinnehmen. Die AfD sieht sich in erster Linie in der Verantwortung gegenüber den Bürgern vor Ort. Nicht nur Verordnungen der EU (z.B. Prüfungen von Abwasserleitungen betreffend) sondern auch Abkommen internationaler Art (z.B. die Behinderten-Konvention der Vereinten Nationen) lassen für die Kommunen oft einen Regelungsspielraum, der eigenverantwortlich gefüllt werden kann. Diesen Entscheidungsspielraum werden wir im Interesse der Bürger nutzen.

Keine kommunale Überlastung durch Asylbewerberkosten

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln. Bei der Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber wollen wir deshalb den Lebensstandard in den Heimatländern berücksichtigen und nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten die Anreize zum Asylmissbrauch weitestgehend reduzieren. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern muss auch bei den Asylkosten gelten. Asyl muss eine Bleibe auf Zeit sein. Ferner muss zur Bewahrung des sozialen Friedens die Verhältnismässigkeit der “Flüchtlings“-Zuwendungen zu der staatlichen Unterstützung bedürftiger Einheimischer beachtet werden.